Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst“, außerdem „Volk und Zeit“ monatlich 2.40 RM., halbmonatlich 1.20 RM. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise, die 39 mm breite Nonpareillezeile 25 Pf., die 89 mm breite Reklamezeile 2.00 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 301 | Dresden, Freitag den 28. Dezember 1928 | 39. Jahrg.

Sozialdemokratie und Wehrpolitik

Die Richtlinien der sozialdemokratischen Wehrkommission

Die Kommission zur Prüfung des Wehrproblems, die der Parteivorstand eingesetzt hat, unterbreitet hiermit den Parteigenossen das Ergebnis ihrer Arbeit. Die Kommission besteht aus den Genossen Breitscheid, Crispien, Dittmann (Vorsitzender), Haubach, Hamburg, Höltermann, Magdeburg, Hünlich, Leber, Kuhnt, Künstler, Mayr, München, Nierendorff, Darmstadt (Schriftführer), Moses, Quarck, Schöpflin, Tony Sender, Stampfer, Ströbel. Den nachstehenden Entwurf wird der Vorsitzende der Kommission, der Genosse Dittmann, auf dem am 10. März 1929 in Magdeburg beginnenden Parteitage als Referent begründen.

I.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verwirft den Krieg als Mittel der Politik. Sie fordert friedliche Lösung aller internationalen Konflikte durch obligatorische Schiedsgerichte, Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument des Friedens.

Sie ist entschlossen, gemäß den Beschlüssen des Brüsseler Kongresses der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vom August 1928 den stärksten Druck, selbst mit revolutionären Mitteln, gegen jede Regierung auszuüben, die es ablehnt, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen und zum Kriege schreitet.

II.

Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für vollständige Abrüstung durch internationale Abkommen.

Die Abrüstung wird nur dann dem Frieden dienen, wenn sie nicht eine einseitige Verpflichtung ist, wie sie den Besiegten des Weltkrieges durch die Sieger auferlegt wurde. Nur zwischen gleichberechtigten Nationen ist dauernder Friede zu erreichen.

Der deutschen Republik ist die historische Mission zugefallen, Vorkämpferin der internationalen Abrüstung zu sein. Diese Mission kann sie nur dann erfüllen, wenn sie die ihr aufgezwungenen einseitigen Rüstungsbeschränkungen nicht überschreitet und nicht durch Versuche, sie zu umgehen oder zu verletzen, andern Mächten Grund oder Vorwand zur Ablehnung internationaler Abrüstungsübereinkommen und zu noch stärkeren Rüstungen liefert.

Eine Verpflichtung der deutschen Republik, die ihr auferlegten Rüstungsbestimmungen ohne Rücksicht auf ihre politische und militärische Zweckmäßigkeit auszuschöpfen, erkennt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht an.

III.

Der wirksamste Schutz der deutschen Republik beruht auf einer deutschen Außenpolitik, die auf die Verständigung der Völker und die Erhaltung des Friedens gerichtet ist. Noch droht aber die Machtpolitik imperialistischer und faschistischer Staaten mit konterrevolutionären Interventionen und neuen Kriegen. Deutschland kann als Aufmarschgebiet mißbraucht und wider Willen in blutige Verwicklungen hineingerissen werden.

Solange diese Gefahren bestehen und solange sie nicht durch sozialistische Regierungen, wenigstens in den wichtigsten Ländern, zum Verschwinden gebracht werden können, ist die deutsche Republik genötigt, zum Schutze der Selbstbestimmung ihres Volkes eine Wehrmacht aufrechtzuerhalten.

Die Wehrmacht kann ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie in ihrem Denken und Fühlen mit dem Volke verbunden ist und sich — im Gegensatz zu allen militaristischen Tendenzen, die auf die Beherrschung des Staates durch das Militär hinauslaufen — als dienendes Glied in die demokratische Republik einordnet.

Um die Reichswehr in diesem Sinne umzugestalten, stellt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands insbesondere folgende Forderungen:

1. **Kontrolle des Reichstages über alle Verträge der Heeresverwaltung.**
2. **Keine Subvention an Privatfirmen, die mittelbar oder unmittelbar illegalen Rüstungen dient.**
3. **Verbot der Bestrafung von Veröffentlichungen über illegale Rüstungen.**
4. **Gesetzliche Bestimmungen zur Sicherung einer unparteiischen Rekrutierung.**
5. **Beseitigung des Bildungsprivilegs für das Offizierskorps und gesetzliche Festlegung eines Mindestkontingents für den aus dem Mannschaftsstande zu entnehmenden Offiziersersatz.**
6. **Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten.**
7. **Schutz der Rechte der Soldaten durch eine von ihnen gewählte Personalvertretung.**
8. **Demokratisierung des Disziplinarrechts und des Militärstrafrechts.**
9. **Republikanische Lehrkräfte und Lehrbücher beim Unterricht.**
10. **Verbot der Verwendung militärischer Kräfte bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit.**

IV.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekämpft die immer stärker hervortretende Absicht führender Militärs aller Länder, völkerrechtliche Hemmungen der Kriegführung, die in jahrtausendelanger Entwicklung Gemeingut geworden sind, gänzlich zu beseitigen und den Zukunftskrieg rücksichtslos über die Heeresfronten hinweg gegen die Zivilbevölkerung zu kehren.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands brandmarkt diese barbarische Absicht und fordert die Neufestigung des Völkerrechts im Sinne der Humanität. Insbesondere fordert sie Verbot des Gaskrieges und der Verwendung von Bakterien zur Kriegführung.

V.

Die sozialistischen Forderungen können nur verwirklicht werden durch die gemeinsamen und energischen Bestrebungen der organisierten Arbeiter, durch die unablässige Aufklärung der Arbeiter über die Ursachen und Gefahren der Rüstungen, durch Erziehung und Unterricht im Geiste des Friedens, um auch die moralische Abrüstung vorzubereiten und durch den gesteigerten politischen und wirtschaftlichen Kampf des Proletariats gegen die herrschenden Klassen bis zur Verwirklichung des Sozialismus.

Das sozialistische Endziel bildet eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, also ohne Klassen und ohne Klassenkämpfe, eine Gesellschaft ohne Streben nach Ausdehnung von Ausbeutungsgebieten, also ohne Rüstungen und ohne Kriege.

Der Sozialismus ist die Macht, die der Welt den dauernden Frieden bringen wird.

Warum Wehrsystem?!

Die nebenstehenden Richtlinien unserer Wehrkommission werden in den ersten beiden Monaten des neuen Jahres zur Diskussion stehen. Dann wird der Parteitag zu befinden haben, ob unser Wehrprogramm in dieser Form angenommen werden kann. Die Debatte, die sich an den Entwurf knüpfen wird, dürfte sehr lebhaft werden, denn selten hat es innerhalb der Sozialdemokratie in einer Frage so starke Abweichungen und so gegensätzliche Meinungen gegeben wie in dieser. Vor allem um zwei Punkte wird es dabei gehen: Kann sich die Sozialdemokratie innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft von heute überhaupt für irgendein Wehrsystem einsetzen? — Wenn ja, wie soll das Wehrsystem aussehen?

Bleiben wir zunächst beim ersten Punkte. Die Richtlinien unserer Wehrkommission haben bei Abschnitten I und II von vornherein eine Frage erledigt, die in der Vorkriegszeit innerhalb der Sozialdemokratie eine starke Rolle spielte: die Verhütung des Krieges. Es gibt in der SPD. von heute glücklicherweise keinerlei Meinungsverschiedenheiten darüber, daß das internationale Proletariat bestrebt sein muß, jeden Krieg mit allen Mitteln zu verhindern. Aber wie, wenn das nicht gelingt, wenn die Kriegsfurie losrast? Ueberläßt dann die Sozialdemokratie das Weitere der Regierung ihres Landes, oder hat sie positive Vorschläge zum Schutze des Landes im Kriegsfalle zu machen? Sind wir für irgendein Wehrsystem zum Schutze unserer Neutralität und des Selbstbestimmungsrechtes der Nation, das ein alter sozialdemokratischer Grundsatz ist?

Die Sozialdemokratie der Vorkriegszeit hatte darauf eine bestimmte Antwort. Sie lehnte das Kasernenheer des halbabsolutistischen Deutschlands ab und forderte die Miliz, die Volksbewaffnung. Heute ist innerhalb unserer Partei eine starke Strömung vorhanden, die sich auf den Standpunkt stellt: „Hände weg; innerhalb der kapitalistischen Welt von heute kann jeder Krieg nur ein imperialistischer Krieg sein, an dem sich das Proletariat in keiner Form beteiligen kann. Wir lehnen darum eine Wehrmacht für kapitalistische Staaten ab, also auch für die deutsche Republik.“

Dieser Standpunkt scheint uns nicht haltbar und innerhalb der politischen Praxis auch nicht mit Erfolg vertretbar. Wir möchten hier kurz die Gründe aufzählen, die dagegen sprechen:

Erstens: Es erscheint uns selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie in der Außenpolitik für die deutsche Neutralität eintritt. Ganz gleich, aus welchen Gründen sich ein europäischer Krieg entzündet, ob Rußland das imperialistische England bedroht oder, was wahrscheinlicher ist, England gegen Rußland eine Mächtefront zustande zu bringen sucht — wir müssen fordern, **daß Deutschland seine Neutralität für jeden Kriegsfall erklärt,** zumal es infolge seiner zentralen Lage sofort zum Kriegsschauplatz werden müßte.

Was aber, wenn Frankreich und England etwa — wir wählen nur ein Beispiel — im Kriegsfalle eine Etappenlinie durch Deutschland gegen Rußland zu legen sucht? Erklärt sich die Sozialdemokratie gegen jedes Wehrsystem, so erklärt sie sich damit außerstande, die Neutralität irgendwie zu schützen. Nun kann man ja sagen: „Die kleine Wehrmacht, die uns der Versailler Vertrag gestattet, reicht zum Schutz der Neutralität ohnehin nicht aus“ ... Ueber diese Frage jedoch sind sich die Fachmänner durchaus nicht einig. Ein Teil von ihnen erklärt, daß bei dem heutigen Stand der Waffentechnik ein 100 000-Mann-Heer durch entsprechende Verstärkung im Notfalle durchaus imstande sei, die Grenzen zu verteidigen oder mindestens dem Gegner einen Neutralitätsbruch sehr schwer zu machen.

Zweitens: Wie steht es, wenn die deutsche Republik von einem politisch zurückgebliebeneren Staatssystem bedroht wird! Der Entwurf sagt unter Ziffer III: „Noch droht aber die Machtpolitik imperialistischer und faschistischer Staaten mit konterrevolutionären Interventionen und neuen Kriegen.“ Unsre Wehrkommission hat dabei vor allem an die faschistische Gefahr gedacht. Für die österreichischen Genossen ist dies ein durchaus aktuelles Problem und die erdrückende Mehrheit der österreichischen Sozialdemokratie ist gewillt, einem etwaigen Ueberfall des faschistischen Italiens auf Oesterreich die volle Macht des österreichischen Staates entgegenzusetzen. Die Genossen Otto Bauer und Julius Deutsch haben in ihren Gutachten, die sie unserer Wehrkommission zur Verfügung stellten, sich auch entschieden für ein Wehrsystem eingesetzt, das die Sozialdemokratie innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zu fordern hätte. Sie haben im österreichischen Bundesheer, dessen Vater Julius Deutsch

Reinhards „Volksarmee“

Die B. a. M. des Herrn v. Gerlach meldet:

Bei der Staatsanwaltschaft I in Berlin schwebt wegen Geheimbündelei und Vorbereitung zum Hochverrat ein Verfahren gegen Ehrhardt und Genossen, das sich in Wirklichkeit gegen den General a. D. Reinhard richten soll. Dieser Herr Reinhard, einstmals preußischer Kriegsminister, hat mit Hilfe rechtsradikaler Verbände und Personen eine zentrale Organisation für ganz Deutschland geschaffen, die ihm ermöglichen soll, jederzeit eine Menge nationalistischer Mannschaften unter seine Fahne zu berufen. In erster Linie arbeitet Reinhard mit der nationalsozialistischen Arbeiterpartei Adolf Hitlers. Zweck seiner Arbeit ist die Begründung einer geheimen „Volksarmee“. Die Ausrüstung für diese Volksarmee liefern die Eisenwerke von Maffei in Bayern. Reichswehrstellen reißen von der Sache und unterstützen sie.

General Groener hat einst feierlich erklärt, er werde keine ungesetzlichen Formationen dulden. Was tut er jetzt gegen diese?

*

Die Westmächte wissen Bescheid

P. **Paris,** 28. Dezember. (Eig. Funkspruch.) Wie das Oeuvre zu berichten weiß, seien die Enthüllungen über die Existenz der Reinhardschen Volksarmee den Alliierten nicht unvorbereitet gekommen. Um diese Volksarmee soll bereits in den letzten Monaten ein Notenwechsel zwischen den Alliierten und der Reichsregierung geführt worden sein. Die Alliierten hätten erklärt, daß die Militärattachés aus Berlin erst dann zurückgezogen werden könnten, „wenn das Gebahren der Reichswehr endlich mit den Bestimmungen des Friedensvertrages endgültig in Einklang stünde“. — Es sei nicht mehr zu leugnen, erklärt das Oeuvre, daß es aktive Reichswehroffiziere gewesen wären, die die Reinhardsche Volksarmee ausgebildet hätten. Trotzdem aber habe es die Reichsregierung fertiggebracht, in einer Note vom 14. Dezember 1928 noch alle Anklagen der Alliierten zu bestreiten, obwohl die gerichtliche Untersuchung über die Volksarmee längst im Gange sei.